

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 43 (1996)
Heft: 7-8

Artikel: "Unsere Sicherheitspolitik muss dynamisch sein"
Autor: Münger, Hans Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-368802>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bundesrat Adolf Ogi skizziert sein geplantes Sicherheitsdepartement.

«Auch eine Milizarmee braucht Visionen»:

Bundesrat Ogi äusserte sich in Bern zum Wandel in Armee und EMD

«Unsere Sicherheitspolitik muss dynamisch sein»

Der Vorsteher des Eidg. Militärdepartements hält eine weitere Armeereform in knapp zehn Jahren für unausweichlich. Gemäss Bundesrat Adolf Ogi wird der Zivilschutz definitiv und die Zentralstelle für Gesamtverteidigung unter Vorbehalt gewisser Bereinigungen zum geplanten Sicherheitsdepartement wechseln. Noch in Abklärung sind die Wechsel des Grenzwachtkorps, der Nationalen Alarmzentrale und des Sicherheitsdienstes der Bundesanwaltschaft in das neue Departement. Auch als Sportminister sähe sich Adolf Ogi: «Den Sport nehmen wir auch, wenn sich dies so ergibt.»

HANS JÜRG MÜNGER

Auf Einladung der von Ständerat und SZSV-Zentralpräsident Willy Loretan präsidierten Parlamentarischen Gruppe für Sicherheitspolitik der Bundesversammlung sprach der EMD-Vorsteher am 11. Juni vor zahlreichen National- und Ständeräten sowie weiteren Interessierten zum Thema: «Armee und EMD im Wandel.»

Armee 95 war nicht die letzte Armeereform

Für den neuen Chef des EMD braucht die Schweizer Armee dringend Visionen, wie sie sich den grossen Herausforderungen der Zukunft zu stellen hat – besonders auch vor dem Hintergrund, dass der laut Armee 95 erforderliche Personalbestand aus demographischen Gründen vom Jahr 2005 an nicht mehr sichergestellt sein wird. Ogi resümierte, hier gebe es nur zwei Handlungsoptionen: Entweder erhöhe man das Wehrpflichtalter und die Diensttageverpflichtungen oder reduziere den Bestand mit einer weiteren Reform. Praktisch stehe aus heutiger Sicht nur der zweite Weg offen.

«Bestandesmässig verfügt die Schweiz heute über die zweitgrösste Armee Europas», meinte der EMD-Vorsteher. Und weiter: «Wir Armeeplaner wollen zwar keineswegs die Arbeit der Armeeabschaffer besorgen, aber um eine weitere Reduktion im Rahmen einer Armeereform 2005 bei-

spielsweise werden wir nicht herumkommen. Die Bevölkerungsentwicklung diktiert uns dies.»

Bevor jedoch von einer weiteren Armeereform gesprochen wird, müssten verschie-

Eine Lanze für PfP

JM. Eine schweizerische Beteiligung an der «Partnerschaft für den Frieden» (PfP) sei im Interesse unseres Landes und zudem ein wichtiger Akt der Solidarität gegenüber der Staatengemeinschaft, gab Bundesrat Ogi an der Veranstaltung der Parlamentarischen Gruppe für Sicherheitspolitik in Bern zu bedenken.

«Die PfP ist kein Vorhof der Nato. Die Schweiz würde mit der auch vielerorts im Ausland längst erwarteten Beteiligung keine völkerrechtlichen Verpflichtungen eingehen. Ein Beitritt zur Nato steht für den Bundesrat gar nicht zur Diskussion», betonte der Chef EMD.

«Die PfP ist ein Supermarkt, in dem sich auch die Markenartikel der Schweiz sehen lassen dürfen. Unser Land seinerseits könnte von den PfP-Regalen nehmen, was es möchte. Es liegt nun an uns, ob wir neutralitätskompatibel einkaufen wollen», rief Adolf Ogi aus.



FOTO: H.J. MÜNGER

dene Grundsatzfragen beantwortet sein. Bundesrat Ogi hat deshalb Anfang Juni eine EMD-Studienkommission unter Vorsitz von Botschafter Edouard Brunner eingesetzt, die langfristige Perspektiven und Strategien für die Schweizer Armee ausarbeiten soll. Zusammen mit Generalstabschef Arthur Liener hat Brunner bis im August dieses Jahres seine rund 30köpfige Kommission zusammenzustellen, und im September soll die Kommission ihre Arbeit beginnen. Ihre Leitideen zur Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage und zum Verhältnis der Schweiz in und zu Europa in den kommenden 20 bis 25 Jahren soll die Kommission Brunner bis Ende 1997 dem EMD-Vorsteher abliefern.

Quo vadis Zivilschutz?

Adolf Ogi treibt nicht nur die Reform der Armee weiter voran, er hat auch präzise Vorstellungen davon, wer sein seit langem diskutiertes, noch zu schaffendes Sicherheitsdepartement bevölkern soll. «Sicherheitsdepartement» sei heute nur der Arbeitstitel, meinte der EMD-Chef. Lieber wäre ihm «Departement für Verteidigung und militärische Sicherheit», was auch besser zu den erweiterten Funktionen des neuen Departementes passen würde. Gefallen sind die Würfel für den Zivilschutz und die Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV): Sie wechseln beide ins neue Departement. Überlegt wird zurzeit noch, ob die Nationale Alarmzentrale (NAZ) und

der Sicherheitsdienst der Bundesanwaltschaft ebenfalls ins künftige Sicherheitsdepartement gehören. Noch diskutiert wird ebenfalls die Zugehörigkeit des Grenzwachtkorps. Die Polizei bleibt wo sie ist, nämlich im Eidg. Justiz- und Polizeidepartement von Bundesrat Arnold Koller, und auch die wirtschaftliche Landesversorgung soll im Volkswirtschaftsdepartement verbleiben.

«Die Diskussion um ein Sicherheitsdepartement beinhaltet die Neuverteilung des «Milizkapitals». Denken wir nur an die Synergien zwischen Armee und Zivilschutz», betonte Adolf Ogi. Je mehr die Grenzen zwischen der ordentlichen und der ausserordentlichen Lage verschwommen, desto weniger Sinn gebe eine auf den Mobilmachungsfall ausgerichtete Militarisierung öffentlicher Dienste wie Gesundheitswesen, Telekommunikation, öffentlicher Verkehr und Energie, fuhr Ogi fort. Andererseits müssten Beiträge zur Existenzsicherung professioneller geleistet werden. Diese Überlegung könne zu einer Neuverteilung des Zivilschutzes führen.

Zivilschutz: sinnvolles Objekt für eine Kantonalisierung?

Entsprechend den Aufgaben «Frühwarnung und Vorbeugung», «Schutz und Verteidigung» sowie «Aufräumen und Wiederherstellen» will der EMD-Chef sein neues Departement anders zusammensetzen. Für die Frühwarnung und Vorbeugung wären der Nachrichtendienst und ein Teil der ZGV zuständig, und um den Grenzschutz hätte sich das Grenzwachtkorps zu bemühen. Der Sicherheitsdienst wäre für den Objektschutz verantwortlich.

Der Zivilschutz käme laut Ogi in seiner bewährten Disziplin «Aufräumen und Wiederherstellen» zum Einsatz. Hier stellte der designierte Chef des künftigen Sicherheitsdepartementes die gleiche heikle Frage, die bereits die Gruppe «Sicherheitspolitik» unter Ständerat Otto Schoch aufgeworfen hatte und die für etwelches Rumoren gesorgt hatte: «Braucht es über die Rettungstruppen und das Katastrophenhilferegiment der Armee hinaus noch einen operationellen Zivilschutz?» Für Bundesrat Ogi wäre eine Zivilschutzreform «unter dem Aspekt des neuen Finanzausgleichs ein sinnvolles Objekt für eine Kantonalisierung», wie er sagte. Dass diese seine Meinung längst nicht überall geteilt wird, kann dem Verteidigungsminister nicht entgangen sein... □

Der Zivilschutz und seine vergoldeten Wanderwege

JM. CASH und «Le Nouveau Quotidien» mischeln bei Angriffen auf den Zivilschutz weiterhin an vorderster Front mit. Beim Recherchieren der Fakten nimmt's der Textautor allerdings nicht so genau ...

CASH ist eine Zeitung, die sich üblicherweise an eine Leserschaft richtet, die be-tucht ist oder dies zu werden beabsichtigt. Dominieren zu normalen Zeiten Themen im weiten Umfeld der Besitzstandsver-mehrung oder -wahrung das rot-weisse Blatt, lässt sich dieses in Zeiten der som-merlichen Saure-Gurken-Zeit herab, sich auch sonst schnöde abgelehnter Themen-bereiche anzunehmen. So kam CASH-Journalist und GSoA-Sympathisant Anton Ladner auf die Idee, sich wieder einmal auf den Zivilschutz und dessen Einsätze im Dienste der Allgemeinheit einzuschliessen. Unter dem Titel «Die vergoldeten Wander-wege» ritt er in Nr. 26 vom 28. Juni seiner schlecht recherchierte, aber reisserische Attacke auf einen Anfang Juni im Kanton Graubünden durchgeführten Einsatz. Sei-nen eigenen Text fand Ladner derart gut, dass er ihn flugs dem für seine Zivilschutz-kritik bestbekannten «Le Nouveau Quoti-dien» in der Westschweiz zur Veröffentli-chung überliess. Sie finden nachstehend eine Stellungnahme des im Ladner-Text ebenfalls angegriffenen Bundesamtes für Zivilschutz (BZS).

Stellungnahme des BZS

Unter dem längst abgedroschenen Begriff «Zuvielschutz» kritisierte Anton Ladner am Beispiel von kürzlich im Kanton Graubünden durchgeführten Infrastrukturarbeiten Sinn, Zweck und Folgekosten von Einsätzen des Zivilschutzes zugunsten der Gemeinschaft unter anderem mit dem Hinweis, es handle sich um sachfremde und kostspielige Leistungen, die vom Bundesamt für Zivilschutz «toleriert» würden. Dazu ist folgendes festzuhalten:

Nach dem von den Eidgenössischen Räten im Jahre 1992 grossmehrheitlich gutgeheissenen neuen Zivilschutz-Leitbild können die im Zivilschutz für die Wiederholungskurse zur Verfügung stehenden Ausbildungszeiten (bis zu zehn Tage auf Mannschaftskosten) für Einsätze zugunsten der Gemeinschaft genutzt werden, so

auch in Form von nachbarlicher und regionaler Hilfestellung. Voraussetzung ist, dass solche Einsätze mit dem Grundauftrag des Zivilschutzes vereinbar sind (Schutz und Hilfeleistung in ausserordentlichen Lagen), der Führungs- und Verbandsschulung dienen und arbeitsmarktl-
ich möglichst neutral sind (keine Konkurrenzierung der Wirtschaft bzw. der Arbeitnehmerschaft).

Gestützt auf Artikel 39 des Zivilschutzgesetzes vom 17. Juni 1994 und die einschlägigen Ausführungsbestimmungen des Bundesamtes für Zivilschutz ist es Sache der Kantone, die Ziele der Wiederholungskurse festzulegen und deren Vorbereitung und Durchführung in den Gemeinden zu steuern. Dabei geht es um die praktische Umsetzung des in der Ausbildung zu einer Funktion (Grundausbildung) erworbenen Wissens und Könnens im Rahmen der angestammten Zivilschutzorganisation.

Neben der eigentlichen Katastrophen- und Nothilfe insbesondere als Folge schwerer Unwetter und anderer grossräumiger Schadenereignisse wurde der Zivilschutz in letzter Zeit verschiedentlich mit Erfolg für Infrastrukturarbeiten wie Bachverbauung, Wegbau usw. eingesetzt. Bei solchen Hilfeleistungen kann der Zivilschutz Erfahrungen sammeln, wie sie keine noch so realitätsbezogene Übungsanlage vermittelt. Aufräum- und Instandstellungsarbeiten zeigen übrigens, dass neben dem Einsatz schwerer Baumaschinen immer viel Handarbeit nötig ist. Den Vorgesetzten vermitteln solche Einsätze praktische Erfahrungen im Bereich von Führung und Logistik. Gesamthaft äussern sich jeweilen sowohl die Mannschaft und Vorgesetzten als auch die betroffenen Gemeinden positiv zu den erwähnten Hilfseinsätzen.

Völlig fehl am Platz ist die von Anton Ladner geübte Kritik an den Kostenfolgen, zumal die gerügten Einsätze in der Regel im Rahmen der Pflichtdienste erfolgen.

Schliesslich sei erwähnt, dass im Zivilschutz im Zuge der Reform 1995 auf allen Stufen drastische Einsparungen erzielt worden sind und dass diese nach wie vor von rund 80 Prozent der Bevölkerung (vgl. Univox-Umfrage 1995) bejahte humanitäre Institution heute budgetmässig die öffentliche Hand mit weniger als 0,3 Prozent belastet. □